

Aufschwung ...

Fortsetzung von Seite 14

seien nicht zu erkennen. An dem Problem der Kohlenhalden, der konkreten Energiepolitik, dem Streit über Standorte und Ausweitung der Kernkraftwerke, der Stilllegung eines Textilwerkes mit 600 Beschäftigten und den sich daraus ergebenden Fragen sei nicht eingegangen worden. Es komme bei der Haushaltsberatung auch auf bundespolitische Gesichtspunkte an.

Entscheidend müsse aber für die Haushaltsgestaltung die Lage der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sein. Hierüber fehlten sowohl konkrete Angaben wie Zukunftsvorstellungen. Demgegenüber vertraten die Koalitionsfraktionen die Auffassung, daß ein Einführungsbericht zum Haushalt allgemein gehalten sein müsse. Außerdem sei er in den vergangenen Jahren stets in gleicher Form gegeben worden. Für die Kritik der Opposition bestehe somit überhaupt keine Veranlassung.

Anhörung der IHK

Die Beratung der Schwerpunkte des Wirtschaftshaushaltes soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Der lediglich um vier Planstellen ausgeweitete Personalhaushalt des Bereichs Wirtschaft wurde gleichfalls erörtert und zur weiteren Beratung der Stellenplankommission mit der Bitte um Prüfung zugeleitet, ob die Zahl der für die Bergbauausbildung ausgewiesenen Referendarstellen ausreichen, dem Bildungsanspruch und der Aufnahmekapazität der Wirtschaft zahlenmäßig gerecht werde. Am 8. Dezember 1976 werden die Ausschußberatungen mit Antragstellungen und Abstimmungen im Wirtschaftsausschuß vor der 2. Lesung des Haushalts abgeschlossen werden.

Auf die durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Hüsch (CDU), vorgebrachten Beschwerden, daß die Verabschiedung der Verordnung über die Neugliederung der Industrie- und Handelskammern sich infolge eines sehr langsam anlaufenden neuen Anhörungsverfahrens zu sehr verzögere, sicherten Vertreter des Ministeriums eine Überprüfung des Zeitablaufes mit dem Ziel zu, das Verfahren zu beschleunigen. Es geht hierbei insbesondere um die Anhörung der Kammerangehörigen, deren Kammergebiete durch die Mehrheitsbeschlüsse des Wirtschaftsausschusses zur Neugliederung der Industrie- und Handelskammern berührt werden.

Gesetzesdokumentation

Das Landtagsarchiv hat soeben zur Gesetzesdokumentation über das Gesetz zur Ordnung von Abgrabungen (Abtragungsgesetz) vom 21. November 1972 sowie über das Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes vom 30. Mai 1972 ein Fundstellenverzeichnis erstellt. Es kann beim Archiv des Landtags in Düsseldorf eingesehen oder ausgeliehen werden.

Porträt der Woche

Für Heinz Siekmann ist das Wort von der Bürgernähe keine Floskel, keine billige Effekthascherei. Daß Landespolitik mehr als eine anonyme Gesetzgebungsmaschinerie ist, beweist der 49-jährige CDU-Landtagsabgeordnete aus dem westfälischen Hamm tagtäglich. Im Petitionsausschuß des Landtags setzt er sich mit den Eingaben, Bitten und Beschwerden vieler Bürger auseinander. Dabei ist der Schutz vor Behördenwillkür ein besonders wichtiges Kapitel für Siekmann: „Wo der sogenannte kleine Mann das Paragraphengestrüpp nicht mehr durchschauen kann, wo die Kommunen oder der Staat sich über gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen, muß es eine Instanz geben, die dem Bürger zu seinem Recht verhilft. Auf diesem Gebiet leistet der Petitionsausschuß Vorbildliches.“

„Politik ist Dienstleistung für unsere Mitmenschen.“ Dieser Maxime ist Siekmann stets treu geblieben. Als Kommunal- und Landespolitiker. Sein politischer Werdegang begann 1954: Damals trat er der Union bei, machte schnell auf seine Fähigkeiten aufmerksam und wurde bereits 1956 in den Rat der Stadt Hamm gewählt, dem Siekmann bis zum Mandatsverzicht zur Vermeidung von Ämterhäufung bis Ende Mai 1975 angehörte. In den fast zwanzig Jahren Kommunalpolitik sammelte der CDU-Politiker, zuletzt Vorsitzender des Bauausschusses und des Kreispolizeibeirats, die Erfahrungen, die seine Partei bewogen, ihn bei der Landtagswahl 1970 „ins Rennen“ zu schicken. Und seine Politik für den Bürger honorierte der Bürger erneut: Mit 49,4 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde er erstmals direkt in das NRW-Parlament gewählt — und gewann damit für die CDU einen „roten“ Wahlkreis zurück. 1975 gaben die Hammer Wähler ihm zum zweiten Male den Auftrag, ihre Interessen in Düsseldorf zu vertreten. Mit welcher Wirksamkeit und welchem Engagement er das tut, davon überzeugen sich viele Besucher aus dem Wahlkreis in der Landeshauptstadt selbst. In der Information von bisher über 7000 Schülern, Studenten, Lehrlingen, Berufstätigen und älteren Menschen, die durch seine Vermittlung den Landtag besuchten,



Heinz Siekmann (CDU)

sieht Siekmann eine nicht zu unterschätzende Aufgabe des Landtagsabgeordneten. „Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, Politik am grünen Tisch zu machen, dann müssen wir ständig das Gespräch mit dem Bürger suchen.“ So die praktizierte Devise des CDU-MdL aus Hamm. Petitionen und Bürgerkontakte sind weite, aber bei weitem nicht die einzigen Felder in der politischen Tätigkeit von Heinz Siekmann, der auch Mitglied im Ausschuß für Grubensicherheit ist. Neben der Sorge um die Sicherheit der Bergleute an ihren Arbeitsplätzen über und unter Tage geht es ihm um die soziale und wirtschaftliche Zukunftsicherung angesichts der „immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit“, um bessere Ausbildungschancen in Schule und Beruf sowie um die entschlossene Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt. Obwohl die Landespolitik für ihn ein „full-time job“ ist, steht Heinz Siekmann, im „Zweitberuf“ freier Journalist, auch im vorpolitischen Raum seinen Mann. Zum Beispiel öffnet ihm das Amt des Vizepräsidenten der Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, aktiv für mehr Verkehrssicherheit einzutreten. Oder ein anderes Beispiel: Als Mitglied im Gefängnisbeirat der Justizvollzugsanstalt Hamm wird er unmittelbar mit den Problemen der Strafgefangenen konfrontiert, aus deren Kreisen ihn wiederum viele Petitionen erreichen. Politik und Ehrenämter sind für den CDU-Abgeordneten untrennbar miteinander verbunden, kosten viel Zeit, Kraft und Nerven. Aber auf diesen Streß will Siekmann nicht verzichten, denn „der Bürger erwartet zu Recht, daß der Parlamentarier den Wählerauftrag ernst nimmt“.

Marion Vilmar